

Hintergrund zum Thema Inklusion von Menschen mit Behinderungen

Die traditionellen Fürsorgesysteme stützten sich auf eine medizinisch geprägte Betrachtungsweise von Menschen mit Behinderungen. Behinderung wurde vornehmlich als medizinisches Problem gesehen. Spätestens mit dem Inkrafttreten der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen (VN BRK, 2008) wurde diese Betrachtungsweise durch eine menschenrechtsbasierte abgelöst. Die VN BRK stellt fest, dass sich Behinderung nicht nur auf die körperlichen Beeinträchtigungen einer Person bezieht, sondern auch auf die Wechselwirkung mit verschiedenen gesellschaftlichen Barrieren. Die VN-BRK ist der erste Menschenrechtsvertrag, der einen Artikel (Artikel 32) speziell zur Implementierung in der internationalen Zusammenarbeit (IZ) beinhaltet. Dieser Artikel verpflichtet die Vertragsstaaten ihre Entwicklungszusammenarbeit inklusiv zu gestalten, um sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen barrierefreien Zugang zu Entwicklungsprogrammen haben. Deutschland ratifizierte die VN BRK 2009. Damit wurde die Berücksichtigung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen in der deutschen Internationalen Zusammenarbeit verbindlich.

Ca. 15% der Weltbevölkerung – etwa ein Milliarde Menschen – leben mit einer Beeinträchtigung. Nach Schätzungen der WHO leben 80 Prozent davon in Entwicklungs- und Schwellenländern. Die Anzahl der Menschen mit Behinderungen werden infolge von demographischen Wandels, weltweiten Zunahme chronischer Krankheiten, gewaltsamer Konflikte sowie Naturkatastrophen und Umweltschäden zunehmen. Ihre Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben sowie ihr Zugang zu Gesundheit, Bildung oder Beschäftigung, sind für Menschen mit Behinderungen oft erschwert, oder unmöglich. Durch Barrieren bleibt der potenzielle sozio-ökonomische Beitrag von Menschen mit Behinderungen zu Wachstum und Entwicklung ungenutzt bzw. kann sich ihre eigene sozio-ökonomische Situation nicht verbessern. Durch Exklusion entstehen vermeidbare soziale, politische und ökonomische Kosten. Schätzungen der Weltbank beziffern den volkswirtschaftlichen Verlust durch Exklusion von Menschen mit Behinderungen auf 3-7 % eines Brutto-Inlandprodukts.

Mehr als 90 % aller Staaten haben die VN-BRK ratifiziert bzw. unterzeichnet (Stand 2019). Sie haben sich damit zu einem international gültigen normativen Rahmen zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen verpflichtet. Anpassungen nationaler Gesetzgebungen, Strategien oder Aktionsplänen und deren Umsetzung im Sinne der VN BRK ist in vielen dieser Staaten noch nicht erfolgt. In Deutschland liegt die Verantwortung für die Umsetzung der VN BRK im Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS). Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ist dafür verantwortlich die Inklusion von Menschen mit Behinderungen in der Internationalen Zusammenarbeit Deutschlands mit seinen Partnerländern zu verankern (z. B. [BMZ Aktionsplan zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen](#), 2013-2015, verlängert bis 2019).

System-, Fach- und Prozessberatung in Partnerländern zur Anpassungen ihrer nationalen Gesetzgebungen, Strategien oder Aktionsplänen und deren Umsetzung im Sinne der VN BRK sind prioritäre Handlungsbedarfe.